

IZA–Pressemitteilung, 23. September 2011

IZA–Direktor Klaus F. Zimmermann unterstützt Vorstoß für ein europäisches Finanzministerium

Die jetzt vom langjährigen EZB–Chefvolkswirt Jürgen Stark in einer Studie vorgestellten Empfehlungen zur Errichtung einer unabhängigen Institution zur Überwachung der Fiskalpolitik der Euroländer als Keimzelle eines künftigen europäischen Finanzministeriums werden vom Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) uneingeschränkt unterstützt.

IZA–Direktor Klaus F. Zimmermann: „Diese mutigen Reformvorschläge entsprechen dem Konzept, das wir Mitte August vorgeschlagen hatten, um aus der jetzigen Euro–Krise die richtigen prinzipiellen Konsequenzen zu ziehen. Die Regierungschefs sind gut beraten, diese Vorschläge jetzt beherzt aufzugreifen, um die Finanzmärkte nachhaltig zu beruhigen.“

Das IZA hatte Mitte August in einem Grundsatzpapier unter anderem gefordert: Die Euro–Zone braucht eine Instanz, die effektiver für Spardisziplin sorgt, als es das ursprüngliche Regelwerk ermöglicht, das Anfang 1992 in Maastricht beschlossen und im Stabilitäts– und Wachstumspakt ausformuliert wurde. Diese Mechanik hat während der Entstehung und bei der Bewältigung der Überschuldungskrise von Staaten wie Banken versagt. Deshalb sollte der Euro–Raum den Mut für einen wirklichen Befreiungsschlag aufbringen und ein europäisches Finanzministerium mit entsprechenden Kompetenzen und Durchgriffsmöglichkeiten schaffen. Nur durch funktionierende Entscheidungsstrukturen wird die Euro–Gemeinschaft aus der gegenwärtigen tiefgreifenden Krise gestärkt hervorgehen.

Zimmermann: „Ich freue mich sehr, dass die aktuelle Studie des EZB–Chefvolkswirts, dessen Kompetenz unbestritten ist, dieser Linie folgt und sie weiter konkretisiert. Damit wachsen auch die Erfolgsaussichten für deren Realisierung.“

Corporate Communications: Mark Fallak